

# Anschlussnutzungsvertrag

zwischen

**ENA Energienetze Apolda GmbH**  
**Heidenberg 52**  
**99510 Apolda**  
(Netzbetreiber)

und

..... **Name**  
..... **Str./Nr.**  
..... **PLZ/Ort**  
(Anschlussnutzer)

bezüglich der Abnahmestelle für Strom:

**Adresse:** .....  
.....

**Kundennummer:**

**Zählernummer:**

**Netzanschlusskapazität gemäß**  
**Netzanschlussvertrag:** ..... kW Bezug

**Marktllokation:**

**Art des Messverfahrens:** .....

**Entnahmespannungsebene:** Mittelspannung

**Vertragsbeginn:** mit Zugang eines von beiden Parteien unterzeichneten  
Vertragsexemplars beim Netzbetreiber

## **Präambel**

Der Netzbetreiber betreibt ein Stromverteilungsnetz und gewährt die Anschlussnutzung auf der Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes vom 07. Juli 2005 (EnWG), der Stromnetz Zugangsverordnung (StromNZV) und der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) vom 25. Juli 2005 dem Anschlussnutzer diskriminierungsfrei nach Maßgabe dieses Vertrages.

### **1. Vertragsgegenstand**

- 1.1 Der Anschlussnutzungsvertrag regelt die wechselseitigen Rechte und Pflichten zwischen dem Anschlussnutzer und dem Netzbetreiber anlässlich der Nutzung des Anschlusses an der bezeichneten Entnahmestelle zum Zwecke des Strombezugs durch den Anschlussnutzer.
- 1.2 Die entgeltpflichtige Netznutzung ist nicht Gegenstand des Vertrages. Diese wird in einem separaten Netznutzungs- oder Lieferantenrahmenvertrag geregelt.
- 1.3 Die Belieferung des Anschlussnutzers mit Strom an der Abnahmestelle bedarf des gesonderten Abschlusses eines oder mehrerer Stromlieferverträge.

### **2. Voraussetzungen der Anschlussnutzung**

Der Netzbetreiber gewährt dem Anschlussnutzer die Nutzung des Anschlusses unter der Voraussetzung, dass der Anschlussnutzer einen Vertrag über die Lieferung elektrischer Energie abgeschlossen hat und die Entnahmestelle einem Bilanzkreis entsprechend StromNZV § 4 Abs. 3 zugeordnet ist und eine Netznutzungsregelung nach Ziffer 1.2 dieses Vertrages sowie ein Netzanschlussvertrag zwischen Netzbetreiber und Anschlussnehmer gemäß Ziffer 6 dieses Vertrages besteht.

### **3. Qualität und Umfang der Stromentnahme**

- 3.1 Der Netzbetreiber trägt im Rahmen der vertraglichen Regelung dafür Sorge, dass der Anschlussnutzer Drehstrom im Rahmen der Vorgaben der Ziffer 6 des Vertrages mit einer Spannung von etwa ..... kV entnehmen kann. Die Frequenz beträgt etwa 50 Hertz.
- 3.2 Der Netzbetreiber gibt vor, welche Spannung maßgebend sein soll.
- 3.3 Spannung und Frequenz werden möglichst gleichbleibend gehalten. Allgemein übliche Verbrauchsgeräte können betrieben werden. Stellt der Anschlussnutzer höhere Anforderungen an die Spannungsqualität, so obliegt es ihm selbst, Vorkehrungen zum störungsfreien Betrieb seiner Geräte und Anlagen zu treffen.

### **4. Ersatzversorgung mit elektrischer Energie**

- 4.1 In § 4 Abs. 3 StromNZV ist geregelt, dass die Entnahmestelle in ein vertraglich begründetes Bilanzkreissystem einbezogen ist, wobei jede einzelne Entnahmestelle genau einem Bilanzkreis zuzuordnen ist.

- 4.2 Ist die Entnahmestelle des Anschlussnutzers keinem Bilanzkreis zugeordnet, z.B. weil kein Stromliefervertrag mit einem Stromlieferanten besteht oder weil keine gültige Vertragsbeziehung zwischen dem Verteilnetzbetreiber und dem Stromlieferanten zur Abwicklung von Energielieferungen über die Entnahmestelle besteht, so wird der Anschlussnutzer im Wege der Ersatzversorgung in der jeweiligen Spannungsebene analog § 38 EnWG von dem Unternehmen beliefert, welches nach § 36 Absatz 2 EnWG die Grundversorgungspflicht im Netzgebiet des Netzbetreibers abdeckt.
- 4.3 Der Netzbetreiber benachrichtigt den Grundversorger darüber, dass und zu welchem Zeitpunkt die Entnahmestelle in die Ersatzversorgung fällt.

## 5. Pflichten des Anschlussnutzers

- 5.1 Der Anschluss von Eigenerzeugungsanlagen ist mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Dieser kann den Anschluss von der Einhaltung der von ihm festgelegten Maßnahmen zum Schutz vor Rückspannungen abhängig machen.
- 5.2 Die Vorgaben der jeweils gültigen Technischen Anschlussrichtlinien (TAR) des VDE|FNN zur Einhaltung von Blindleistungsvorgaben sind als allgemein geltende Regeln der Technik zwingend einzuhalten. Anforderungen in der Kundenanlage, die sich aus den Vorgaben dieser Richtlinien ergeben, sind durch den Anschlussnehmer zu realisieren. Die über die Vorgaben hinaus gelieferten bzw. bezogenen Blindarbeitsmengen werden auf Grundlage des jeweils gültigen und veröffentlichten Preisblattes für Blindmehrarbeit in Rechnung gestellt. Die jeweils geltenden Preise sind im Internet unter [www.en-apolda.de](http://www.en-apolda.de) veröffentlicht.
- 5.3 Der Anschlussnutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber selbst oder durch seinen Lieferanten den Wegfall seines Strombedarfs an der vertraglichen Entnahmestelle unverzüglich mitzuteilen.
- 5.4 Anlagen und Verbrauchsgeräte sind so zu betreiben, dass Störungen Dritter sowie störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter ausgeschlossen sind.
- 5.5 Der Anschlussnutzer ist verpflichtet, die in der **Anlage 1** zu diesem Vertrag aufgeführten technischen Regelungen zu beachten und einzuhalten.

## 6. Netzanschluss und Leistungsbereitstellung

Der Netzanschluss und die Leistungsbereitstellung an der netzseitigen Übergabestelle sind im Netzanschlussvertrag mit dem Anschlussnehmer (Grundstückseigentümer) geregelt. Die im Netzanschlussvertrag zwischen dem Anschlussnehmer und dem Netzbetreiber vereinbarte Netzanschlusskapazität darf an einem Anschlusspunkt nicht überschritten werden. Bei mehreren Anschlussnutzern darf die Summe der in Anspruch genommenen Leistung an einem Anschlusspunkt nicht höher sein, als die im Netzanschlussvertrag vereinbarte maximale Leistung. Im Übrigen sind die entsprechenden im Netzanschlussvertrag vereinbarten technischen Regelungen einzuhalten.

Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge sind ab einer vereinbarten Anschlussleistung  $PAV \geq 100 \text{ kW}$  (Summe der Leistung aller Ladeeinrichtungen) mit einer Fernwirkankopplung, insbesondere zur Blindleistungssteuerung und Wirkleistungsbegrenzung, auszustatten. Für die Errichtung, Änderung und den Unterhalt der Fernwirkankopplung ist der Anschlussnutzer verantwortlich. Die grundsätzliche Ausführung erfolgt nach den entsprechenden Technischen Anwendungsregeln (TAR) des VDE-FNN sowie den dazugehörigen Ergänzenden Bedingungen des Netzbetreibers.

## **7. Messung und Ablesung**

- 7.1 Soweit keine anderweitige Vereinbarung im Sinne von § 21b EnWG getroffen wurde, ist der Netzbetreiber der Messstellenbetreiber. Der Netzbetreiber als Messstellenbetreiber ist für den Einbau, den Betrieb und die Wartung von Messeinrichtungen sowie die Messung des gelieferten Stromes verantwortlich. Er kann einen Dritten mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragen.
- 7.2 Die Messeinrichtungen müssen den eichrechtlichen Bestimmungen entsprechen.
- 7.3 Der Netzbetreiber bestimmt Art, Zahl und Größe von Mess- und Steuereinrichtungen und deren Aufstellungsort; die Bestimmung muss unter Berücksichtigung netzwirtschaftlicher Belange zur Höhe des Verbrauchs in einem angemessenen Verhältnis stehen. Der Anschlussnehmer ist hierzu anzuhören und dessen berechnete Interessen sind zu wahren. Die Möglichkeit einer Fernauslesung der Messdaten ist bei der Wahl des Aufstellungsorts zu berücksichtigen.
- 7.4 Der Netzbetreiber verpflichtet sich, auf Verlangen des Anschlussnehmers einer Verlegung der Messeinrichtungen zuzustimmen, wenn dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist. Der Anschlussnehmer hat die Kosten einer Verlegung der Messeinrichtungen zu tragen. Der Anschlussnehmer oder -nutzer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Mess- und Steuereinrichtungen zugänglich sind. Er hat den Verlust, Beschädigungen und Störungen von Messeinrichtungen dem Netzbetreiber und dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- 7.5 Die Messung erfolgt bei Anschlussnutzern, die nach Lastprofilverfahren beliefert werden durch Erfassung der entnommenen elektrischen Arbeit sowie gegebenenfalls durch Registrierung der Lastgänge am Zählpunkt. Handelt es sich nicht um Anschlussnutzer, die nach Lastprofilverfahren beliefert werden, erfolgt die Messung durch eine registrierende ¼-h-Leistungsmessung. Die Übermittlung der Messdaten erfolgt über Zählerfernauslesung.
- 7.6 Die Messeinrichtungen werden vom Beauftragten des Netzbetreibers oder auf Verlangen des Netzbetreibers vom Anschlussnutzer selbst in möglichst gleichen Zeitabständen, mindestens aber einmal jährlich nach einem vom Netzbetreiber festzulegenden Turnus abgelesen. Außerhalb der turnusmäßigen Ablesung, insbesondere bei einem Lieferantenwechsel, bei einem Umzug des Anschlussnutzers, bei Beendigung des Anschlussnutzungsvertrages oder bei einer wesentlichen Änderung des Bedarfs, kann der Netzbetreiber Zwischenablesungen veranlassen, den Verbrauch im Wege der rechnerischen Abgrenzung ermitteln oder diesen auf der Grundlage der letzten Ablesung schätzen. Hierbei sind die tatsächlichen Verhältnisse angemessen zu berücksichtigen.

7.7 Solange der Netzbetreiber die Räume des Anschlussnutzers bzw. des Anschlussnehmers nicht zum Zwecke der Ablesung betreten kann oder der Anschlussnutzer einer Aufforderung zur Selbstablesung nicht Folge leistet, darf der Netzbetreiber den Verbrauch ebenfalls im Wege rechnerischer Abgrenzung ermitteln oder diesen auf der Grundlage der letzten Ablesung schätzen. Hierbei sind die tatsächlichen Verhältnisse angemessen zu berücksichtigen.

## **8. Überprüfung der Messeinrichtung und Folge von Messfehlern**

- 8.1 Der Anschlussnutzer kann jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 2 Abs. 4 des Eichgesetzes verlangen. Stellt der Anschlussnutzer den Antrag auf Nachprüfung nicht bei dem Netzbetreiber, so hat er, sofern der Netzbetreiber der Messstellenbetreiber ist, diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten der Nachprüfung fallen, dem Netzbetreiber – sofern er der Messstellenbetreiber ist – zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Anschlussnutzer. Der Netzbetreiber hat die Kosten nicht zu tragen, sofern es hierzu eine Kostenregelung zwischen dem Anschlussnutzer und dem Lieferanten gibt, nach der ein anderer als der Netzbetreiber für die Kosten aufzukommen hat.
- 8.2 Der Anschlussnutzer hat das Recht, zu Kontrollzwecken zusätzlich eigene Mess- und Steuereinrichtungen in Abstimmung mit dem Netzbetreiber auf eigene Kosten einbauen zu lassen. Diese Messeinrichtungen sind nicht im Besitz des Netzbetreibers und die Messdaten dieser Einrichtungen werden nicht zur Abrechnung herangezogen.
- 8.3 Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der eichrechtlichen Verkehrsfehlergrenzen und ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Netzbetreiber die Daten für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Beseitigung des Fehlers nachfolgenden Ablesezeitraums oder aufgrund des Vorjahreswertes durch Schätzung, soweit aus Parallelmessungen vorhandene Messwerte keine ausreichende Verlässlichkeit bieten. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Ist die Größe des Fehlers bei der Messeinrichtung eines Anschlussnutzers mit einer registrierenden ¼-h-Leistungsmessung nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine solche Messeinrichtung nicht an, so erfolgt die Ermittlung von Ersatzwerten für fehlende oder unplausible Werte entsprechend dem Metering Code (VDE-AR-N 4400) und deren Nachfolgeregelungen.
- 8.4 Ansprüche auf Grund von Fehlern der Messeinrichtung oder der Abrechnung sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf den Zeitraum seit Vertragsbeginn, längstens jedoch auf drei Jahre beschränkt. Bei Einspeisern richtet sich die Zeitdauer und Höhe des Anspruchs nach den gesetzlichen Regelungen, hier insbesondere dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG).

## 9. Störungen und Unterbrechungen der Anschlussnutzung

- 9.1 Soweit der Netzbetreiber durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm im Sinne des § 18 Absatz 1 Satz 1 EnWG aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden kann, an der Abnahme des Stromes des Lieferanten oder an der Abgabe des Stromes an den Anschlussnutzer gehindert ist, ruhen die Verpflichtungen der Vertragspartner aus diesem Vertrag solange, bis die Hindernisse beseitigt sind. Gleiches gilt im Falle von Störungsbeseitigungs-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In solchen Fällen kann der Anschlussnutzer insbesondere keine Entschädigung beanspruchen.
- 9.2 Soweit es dem Netzbetreiber möglich und zumutbar ist, unterrichtet er den Anschlussnutzer rechtzeitig vor einer beabsichtigten Unterbrechung der Stromzufuhr in geeigneter Weise. Bei kurzen Unterbrechungen werden nur die Anschlussnutzer unterrichtet, die zur Vermeidung von Schäden auf eine ununterbrochene Stromzufuhr angewiesen sind und dies dem Netzbetreiber unter Angabe von Gründen schriftlich mitgeteilt haben. Eine Unterrichtung kann unterbleiben, wenn dies nicht rechtzeitig möglich ist und der Netzbetreiber dies nicht zu vertreten hat oder die Unterrichtung die Beseitigung der Unterbrechung verzögern würde. Der Netzbetreiber unternimmt alle zumutbaren Anstrengungen, die Störung unverzüglich zu beheben.
- 9.3 Eventuelle Fehler oder Störungen des Netzes sind dem Netzbetreiber unverzüglich zu melden.
- 9.4 Bei Störungen in den Netzendkundenanlagen, zu denen ausschließlich der Netzbetreiber Zugang hat, übernimmt der Netzbetreiber die Beseitigung. Der Anschlussnehmer kontaktiert hierzu den Netzbetreiber. Die Kosten dieser Störungsbeseitigung, die nach Aufwand zu den jeweils geltenden Verrechnungssätzen des Netzbetreibers in Rechnung gestellt werden, hat der Anschlussnutzer zu tragen.
- 9.5 Für die Unterbrechung der Anschlussnutzung gilt folgendes:
- a) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Anschlussnutzung und die damit verbundenen Dienstleistungen durch fristlose Einstellung der Stromlieferung zu unterbrechen und den Anschluss vom Netz zu trennen, wenn der Anschlussnutzer seinen vertraglichen Pflichten aus dem Anschlussnutzungsvertrag zuwiderhandelt oder die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts erforderlich ist,
- Um eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Sachen von erheblichem Wert abzuwenden,
  - die Anschlussnutzung unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern oder
  - um zu gewährleisten, dass Störungen anderer Anschlussnehmer oder -nutzer oder störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter ausgeschlossen sind.
- Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Anschlussnehmer oder -nutzer auf Nachfrage mitzuteilen, aus welchem Grund die Unterbrechung vorgenommen worden ist.
- b) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei der Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, kann der Netzbetreiber die Anlagen vier Wochen nach Androhung vom Netz trennen. Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen oder der

Anschlussnehmer oder -nutzer darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt.

- c) Der Netzbetreiber ist berechtigt, auf Anweisung des Lieferanten des Anschlussnutzers die Anschlussnutzung zu unterbrechen, soweit der Lieferant dem Anschlussnutzer gegenüber hierzu vertraglich berechtigt ist und der Lieferant das Vorliegen der Voraussetzungen für die Unterbrechung der Anschlussnutzung gegenüber dem Netzbetreiber glaubhaft versichert und den Netzbetreiber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen freistellt, die sich aus einer unberechtigten Unterbrechung ergeben können; dabei ist auch glaubhaft zu versichern, dass dem Anschlussnutzer keine Einwendungen oder Einreden zustehen, die die Voraussetzungen der Unterbrechung der Anschlussnutzung entfallen lassen.
- d) In den Fällen von Ziff. 9.5 b) wird der Beginn der Unterbrechung des Netzanschlusses und der Anschlussnutzung drei Werktage im Voraus angekündigt. Dies gilt nicht, soweit der Lieferant zu einer entsprechenden Ankündigung verpflichtet ist.
- e) Der Netzbetreiber wird die Unterbrechung des Netzanschlusses und der Anschlussnutzung unverzüglich aufzuheben, sobald die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind und der Anschlussnehmer oder -nutzer oder im Falle von Ziff. 9.5 c) der Lieferant oder der Anschlussnutzer die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung des Anschlusses und der Anschlussnutzung ersetzt hat. Die Kosten können für strukturell vergleichbare Fälle pauschal berechnet werden; die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen. Der Nachweis geringerer Kosten ist dem Kunden zu gestatten.

## **10. Zutrittsrecht**

- 10.1 Der Anschlussnutzer hat dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers den Zutritt zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen, Ablesung der Messeinrichtungen oder zur Wahrung sonstiger Rechte und Pflichten nach diesem Vertrag erforderlich ist.
- 10.2 Auch Dritten, denen sich der Netzbetreiber zur Erfüllung seiner vertraglichen Rechte und Pflichten (z. B. zur Zählerablesung, Zählerwechslung, Sperrung) bedient, hat der Anschlussnehmer den Zutritt zu gewähren.

## **11. Haftungsbestimmungen**

- 11.1 Die Vertragspartner haften einander für Schäden, die ihnen selbst oder ihren Kunden durch Unterbrechungen oder durch Unregelmäßigkeiten in der Anschlussnutzung entstehen, nach Maßgabe der Regelungen aus §18 der **Anlage 2a/2b** zum Anschlussnutzungsvertrag.
- 11.2 Für Sach- und Vermögensschäden, die nicht auf die Unterbrechung des Netzbetriebes oder auf Unregelmäßigkeiten im Netzbetrieb zurückzuführen sind, haftet der Netzbetreiber dem Anschlussnehmer dem Grunde wie der Höhe nach nur, wenn und soweit diese vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden.

- 11.3 Bei leicht fahrlässiger Verursachung solcher Sach- und Vermögensschäden haftet der Netzbetreiber nur für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Die Haftung ist dabei dem Grunde wie der Höhe nach auf den voraussehbaren typischen Schaden begrenzt.
- 11.4 Für den Fall, dass in der Anschlussnehmeranlage (Kundenanlage) i. S. d. § 3 Abs. 24a und 24b EnWG Untermessungen vorhanden sind, hat der Betreiber der Anschlussnehmeranlage (Kundenanlage) diese jedermann zum Zwecke der Belieferung diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Kundenanlage wird hiermit nicht zum Bestandteil des Netzes der allgemeinen Versorgung, sie steht allein im tatsächlichen und rechtlichen Verantwortungsbereich des Anschlussnehmers (Betreibers der Kundenanlage) Der Netzbetreiber haftet insofern und insoweit nicht für Schäden oder Versorgungsausfälle, deren Ursachen auf Unregelmäßigkeiten in der Anschlussnehmeranlage (Kundenanlage) zurückzuführen sind.
- 11.5 Im Übrigen bleibt die gesetzliche Haftung unberührt.

## **12. Kündigungsrechte und Vertragsdauer**

- 12.1 Der Anschlussnutzungsvertrag tritt mit Zugang eines von beiden Parteien unterzeichneten Vertragsexemplars beim Netzbetreiber in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 3 Monaten auf das Ende eines Kalendermonats schriftlich gekündigt werden.
- 12.2 Das Recht der Vertragspartner zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Der Netzbetreiber ist insbesondere berechtigt, den Anschlussnutzungsvertrag fristlos zu kündigen, wenn der Netzanschlussvertrag gekündigt oder beendet ist.

## **13. Elektrische Anlage/Inbetriebsetzung der elektrischen Anlage/Überprüfung**

- 13.1 Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Instandhaltung der elektrischen Anlage hinter der netzseitigen Übergabestelle (Anlage) ist der Anschlussnutzer neben dem Anschlussnehmer gegenüber dem Netzbetreiber verantwortlich. Satz 1 gilt nicht für die Messeinrichtungen, die nicht im Eigentum des Anschlussnehmers und Anschlussnutzers stehen. Hat der Anschlussnehmer die Anlage ganz oder teilweise einen Dritten vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so bleiben er und der Anschlussnutzer verantwortlich.
- 13.2 Unzulässige Rückwirkungen der Anlage sind auszuschließen. Um dies zu gewährleisten, darf die Anlage nur nach den Vorschriften dieser Verordnung, nach anderen anzuwendenden Rechtsvorschriften und behördlichen Bestimmungen sowie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und instandgehalten werden. In Bezug auf die allgemein anerkannten Regeln der Technik gilt § 49 Abs. 2 Nr. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes entsprechend. Die Arbeiten dürfen außer durch den Netzbetreiber nur durch ein in ein Installateurverzeichnis eines Netzbetreibers eingetragenes Installationsunternehmen durchgeführt werden; im Interesse des Anschlussnehmers/-nutzers darf der Netzbetreiber eine Eintragung in das Installateurverzeichnis nur von dem Nachweis einer ausreichenden fachlichen Qualifikation für die Durchführung der jeweiligen Arbeiten abhängig machen. Mit Ausnahme des Abschnitts zwischen Hausanschlusssickeung und Messeinrichtung einschließlich der Messeinrichtung gilt Satz 4 nicht für Instandhaltungsarbeiten. Es dürfen nur Materialien und



Geräte verwendet werden, die entsprechend § 49 des Energiewirtschaftsgesetzes unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik hergestellt sind. Die Einhaltung der Voraussetzungen des Satzes 6 wird vermutet, wenn das Zeichen einer akkreditierten Stelle, insbesondere das VDE-Zeichen, GS-Zeichen oder CE-Zeichen, vorhanden ist. Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen.

- 13.3 Der Netzbetreiber oder dessen Beauftragter hat die Anlage über den Netzanschluss an das Verteilernetz anzuschließen und in Betrieb zu nehmen.
- 13.4 Jede Inbetriebsetzung der Anlage, die nach Maßgabe Ziff. 13.3 von dem Netzbetreiber vorgenommen wird, ist von dem Unternehmen, das nach Ziff. 13.2 die Arbeiten an der Anlage ausgeführt hat, in Auftrag zu geben. Auf Verlangen des Netzbetreibers ist ein von diesem zur Verfügung gestellter Vordruck zu verwenden.
- 13.5 Der Netzbetreiber kann für die Inbetriebsetzung vom Anschlussnutzer Kostenerstattung verlangen; die Kosten können auf der Grundlage der durchschnittlich für vergleichbare Fälle entstehenden Kosten pauschal berechnet werden.
- 13.6 Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Anlage vor und, um unzulässige Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter auszuschließen, nach ihrer Inbetriebsetzung zu überprüfen. Er kann den Anschlussnutzer auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann deren Beseitigung verlangen.
- 13.7 Werden Mängel festgestellt, welche die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, so ist der Netzbetreiber berechtigt, den Anschluss zu verweigern oder die Anschlussnutzung zu unterbrechen.
- 13.8 Durch Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung der Anlage sowie durch deren Anschluss an das Verteilernetz übernimmt der Netzbetreiber keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage. Dies gilt nicht, wenn er bei einer Überprüfung Mängel festgestellt hat, die eine Gefahr für Leib oder Leben darstellen.

## 14. Schlussbestimmungen

- 14.1 Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag können mit Zustimmung des jeweils anderen Vertragspartners auf einen Dritten übertragen werden. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, sofern die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des eintretenden Dritten gewährleistet ist. Eine Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn der Rechtsnachfolger des übertragenden Vertragspartners ein verbundenes Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. Aktiengesetz ist.
- 14.2 Soweit dieser Vertrag nichts Anderes bestimmt, gelten ergänzend die „Technischen Regelwerke“ (**Anlage 1**) und die „Allgemeinen Bedingungen für Netzanschlüsse“ (**Anlage 2a/2b**), welche diesem Vertrag in der aktuellen Fassung beigelegt sind. Mit seiner Unterschrift unter diesem Vertrag bestätigt der Anschlussnehmer, die im Vertrag genannten Anlagen vollständig erhalten und von ihrem Inhalt zustimmend Kenntnis genommen zu haben.
- 14.3 Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Allgemeinen Bedingungen für Netzanschlüsse nach **Anlage 2a/2b** im notwendigen Umfang geänderten wirtschaftlichen oder rechtlichen Verhältnissen anzupassen. Der Netzbetreiber wird die Änderungen dem Anschlussnehmer schriftlich unter Beifügung einer neuen Fassung der "Allgemeinen Bedingungen für Netzanschlüsse" bekannt geben. Die Änderungen gelten als vereinbart,

wenn der Anschlussnehmer nicht innerhalb von sechs Wochen nach Zugang schriftlich widerspricht. Der Netzbetreiber wird den Anschlussnehmer auf die Bedeutung des vorstehenden Satzes zugleich mit der Änderungsmitteilung besonders hinweisen.

- 14.4 Im Falle eines Widerspruches des Anschlussnehmers ist der Netzbetreiber berechtigt, das Vertragsverhältnis innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Zugang des Widerspruches schriftlich zu kündigen.
- 14.5 Sollten einzelne Bestimmungen des Anschlussnutzungsvertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die ungültigen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere, ihrem wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende zu ersetzen. Dies gilt entsprechend bei unbeabsichtigten Regelungslücken.
- 14.6 Sollten sich sonstige für das Vertragsverhältnis bestimmende Umstände wesentlich ändern, insbesondere Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen bzw. Schaffung neuer Branchenstandards, so werden die Vertragsparteien den Vertrag baldmöglichst den geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Kommt eine Vertragsanpassung trotz Verhandlung nicht innerhalb von 2 Monaten nach Eingang eines entsprechenden Angebots beim Vertragspartner zu Stande, so kann der Vertrag durch beide Vertragspartner mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf des folgenden Monats gekündigt werden. Der Netzbetreiber ist zu einer einseitigen Vertragsanpassung berechtigt, wenn dies zur Umsetzung von Anordnungen oder Festlegungen der Regulierungsbehörde erforderlich ist.
- 14.7 Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen sowie die Kündigung oder Aufhebung des Vertrages bedürfen soweit vorstehend nichts Abweichendes bestimmt ist zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- 14.8 Der Netzbetreiber verarbeitet und speichert unter Berücksichtigung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen die für die Vertragsdurchführung notwendigen Daten. Er ist berechtigt, diese Daten an Dritte in dem Umfang weiterzugeben, in welchem es zur ordnungsgemäßen Durchführung dieses Vertrages erforderlich ist. Der Anschlussnutzer erklärt hierzu sein Einverständnis.
- 14.9 Für alle Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 14.10 Gerichtsstand ist der Sitz des Netzbetreibers.
- 14.11 Die unten genannten Anlagen sind Vertragsbestandteil und deren Erhalt bestätigt der Anschlussnutzer mit seiner Unterschrift.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

Apolda, \_\_\_\_\_  
(Datum)

ENA Energienetze Apolda GmbH

\_\_\_\_\_  
(rechtsverbindliche Unterschrift des  
Anschlussnutzers ggf. mit Firmenname  
bzw. Firmenstempel)

\_\_\_\_\_  
(rechtsverbindliche Unterschrift des  
Netzbetreibers)

**Anlagen:**

**Anlage 1** Technische Regelwerke

**Anlage 2a** Allgemeine Bedingungen für Netzanschlüsse  
(gilt bei Anschlüssen in Netzebene 5)

**Anlage 2b** Allgemeine Bedingungen für Netzanschlüsse  
(gilt bei Anschlüssen in Netzebene 6 bis 7)